

(Abg. Renner.)

- (A) Sozialdemokratischen Partei noch so, daß sie innerhalb der Parteiversammlungen nicht wieder diese Position und ihre Mandate gewonnen hätten. Aber der Streit sollte ausgespielt sein, die Linken waren vollständig bereit, den Streit aufzugeben.

Was zeigt das für das große Heer der gläubigen Arbeiter in der Sozialdemokratischen Partei, die nicht rechte Verräter sind und die nicht linke Zwischenmeister sind — ich finde keinen Ausdruck für die Rolle der linken Sozialdemokraten, die sich einmal im Schwadronieren, einmal im Poltern und sonstigen Aufzügen hier zeigt — nein, die ehrliche Arbeiter sind, die ebenfalls wie die kommunistischen Arbeiter um den Sieg des Proletariats wirklich kämpfen wollen? Welche Lehre ergibt sich aus der Haltung der linken Sozialdemokraten und ihrem jetzt so schmachvollen Ende? Die, daß man innerhalb der Sozialdemokratischen Partei diese Partei nicht revolutionieren kann, daß man nur gegen diese Partei und außerhalb dieser Partei stehend den Sieg des Proletariats vorbereiten, die Macht des Proletariats entfalten und entfachen kann. Für die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter muß sich aus dem Verlauf der sozialdemokratischen Rechts- und Linkspleielerie die Lehre ergeben, daß man die Sozialdemokratische Partei, da sie eine Partei des Bürgertums ist, zerschlagen und zerschmettern und beseitigen muß und daß eine Sammlung der revolutionären Arbeiter unter dem Banner der kommunistischen Partei erfolgen muß, wenn sie wirklich den Kampf gegen die Reaktion aufnehmen wollen. (Abg. Bethke: Da werden Sie wohl allein die Fahne halten müssen!) Haben Sie keine Angst, Sie können vorläufig Ihre Fahne noch etwas halten, aber daß Ihnen die Fahne aus der Hand fällt, werden Sie schon erleben.

- (B) Wenn jetzt die Frage der Auflösung des Landtages von uns gestellt ist, dann aus dem Grunde: Im Reiche mit dem Vormarsch der schwärzesten Reaktion, mit der Begnadigung, der Amnestierung aller Rechtsverbrecher, mit der Zurückhaltung aller proletarischen Klassenkämpfer im Zuchthaus, mit der Vorbereitung des Steuer-Zoll-Raubzuges liegt die Lage für die gesamten Arbeiter so, daß mit dem durch die Zollvorlage verbundenen Steigen aller Preise, mit der Unternehmeroffensive, mit dem Vormarsch der Kapitalisten, dem Lohnabbau, der Arbeitszeitverlängerung die Lage des gesamten Proletariats sich ungeheuer verschlechtern muß und daß das Proletariat alles Interesse daran hat, Positionen und Stützpunkte zu gewinnen, von denen aus es energischer, zielbewußter und fester eine Abwehr gegen die reaktionären Pläne des Reiches durchführen kann. Dieser Landtag hat in seinem ganzen Verhalten gezeigt, daß er eine solche Absicht als Führer proletarischer Massen, die man in außerparlamentarischen Kämpfen aufmarschieren lassen muß, nicht übernehmen kann. Erst gestern hat sich der Landtag gegen die Amnestie gewendet, ja sogar dagegen gewendet, daß bei der Reichsregierung eine weitgehende restlose Amnestie gefordert wird, und er hat sich dagegen gewendet, daß von der Reichsregierung die Zurückziehung der Zollvorlage gefordert wird, und er hat sich gegen eine so kleine Erhöhung oder Entschädigung der Beamten, Arbeiter und Angestellten, selbst der staatlichen Betriebe, gewendet, wie es eine einmalige Abfindung von 100 M. darstellt. Der Landtag hat sich gestern gegen eine Aufwendung von 2½ Mill. M. für Schulspeisungen gewendet. Der Landtag hat Geld für alle möglichen Einrichtungen zur Unterdrückung des Proletariats, für die Justiz und Polizei, aber er hat kein Geld, den Nöten der arbeitenden Bevölkerung abzuweichen. Aber der Landtag kündigt auch

für Sachsen neue Steuern an. Er kündigt für den 1. August eine Mieterhöhung und kündigt für den Herbst eine gewaltige Heraufsetzung der Grundsteuer, eine Heraufsetzung der Gewerbesteuer und der Mietzinssteuer an. Alle schönen Reden, daß man einen Ausgleich des ungefähr im nächsten Jahre auf 80 Millionen sich belaufenden Defizits durch 3, 4, 5 oder 6 Millionen, die man vom Reiche noch herauschinden kann, schaffen werde, sind Reden, die keinen praktischen Wert und keine praktische Bedeutung haben.

Herr Finanzminister, an einer anderen Stelle haben Sie selbst zugegeben — das hat auch der Herr Abg. Blüher zugegeben —, daß man um eine gewaltige Erhöhung der Steuern im nächsten Herbst nicht herumkommen werde. Der Landtag hat darüber zu entscheiden, auf wen die Steuerlasten abgewälzt werden sollen. Sie erinnern sich vielleicht an die Sitzungen des Haushaltsausschusses A, über die dann Vertraulichkeit beschlossen wurde, damit die Öffentlichkeit nicht erfährt, was ihr droht. Sie haben dort den Antrag auf Vertraulichkeit der Sitzungen angenommen, nachdem der Herr Minister diese Erklärungen abgegeben hat.

Der Landtag wird zu entscheiden haben, wer die neuen Steuerlasten tragen soll. Bis jetzt ist es so, daß in den Steuergesetzen die minderbemittelte Bevölkerung, das kleine Handwerk, der kleine Bauer und Mieter am stärksten belastet wird. Die kommunistische Partei hat den Kampf darum geführt, daß eine Staffelung der Grundsteuer, eine Staffelung der Gewerbesteuer und der Mietzinssteuer durchgeführt wird. Die kommunistische Partei hat einen Kampf darum geführt, daß der Kleinbesitz steuerfrei bleibt und daß der kleine Grundbesitzer steuerfrei bleibt, und er hat den Kampf darum geführt, daß alle die Mieter, deren Einkommen jährlich 3500 M. nicht übersteigt, von der Mietzinssteuer befreit werden.

Gegen diese Vorschläge und gegen diese Anträge der kommunistischen Partei hat dieser Landtag Stellung genommen. Die Kommunisten haben alles Interesse daran, über die schweren und starken Belastungen, über die Verstärkung der Reaktion die Wählerschaft in Sachsen entscheiden zu lassen. Die kommunistische Partei hat alles Interesse daran, daß die Frage, was im nächsten Jahre geschehen soll, von den Arbeitern, Angestellten und Beamten selbst beantwortet wird. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sollen entscheiden, ob sie im nächsten Jahre neben dem, was ihnen durch Zölle und Steuern im Reiche aufgeladen wird, noch eine ungeheure Erhöhung von Steuern in Sachsen tragen wollen oder ob sie als Öffentlichkeit, als Wähler den Kampf aufnehmen wollen um eine Staffelung der Steuer, um eine Abwälzung auf die Schultern der Besitzenden. Das ist die Frage, die vor dem Landtage steht, und darüber soll und muß die Öffentlichkeit ebenfalls entscheiden, ob sie dulden will oder dulden kann, daß weiter hier im Landtage die Sozialdemokratische Partei ständig dem Bürgertum die Unterstützung gibt, daß ständig die Sozialdemokratische Partei alle Anträge, die im Interesse der Arbeiter gelegen sind, ablehnt und alle Maßnahmen und Anträge, die im Interesse des Bürgertums gestellt sind, unterstützt.

Die nächste Frage, die ebenfalls noch von der sächsischen Wählerschaft geklärt werden muß, ist die, ob die sächsische Wählerschaft dieses Doppelspiel, das hier von den linken und rechten Sozialdemokraten geführt wird, noch länger dulden will und kann; denn mit einem solchen Doppelspiel, das hier nun geführt wird Monat um Monat, ist der sächsischen Arbeiterschaft nicht gedient. (Sehr richtig! b. d. Komm.) Wenn die linken Sozialdemokraten die Interessen der Arbeiter vertreten wollten, wenn sie den